

Stuttgart 21: Wie ein Bürgerprotest Gehör findet

Der „Kampf um S21“ steht längst für mehr als die Frage, ob ein neuer Bahnhof tiefer gelegt wird. Befürworter des Projekts beklagen eine wachsende „Neinsager-Mentalität der Bürger“, Gegner die „Entfremdung der Politiker“ vom Volk. Der Staat behandelt den Konflikt als „Kommunikations-Problem“ und verdolmetscht seine guten Argumente mittels Wasserwerfern und Mediation. Den Kritikern gilt der Neubau als typischer Fall schlechter, weil bürgerferner Politik; sie fordern mehr Rücksicht und Mitsprache. Worin besteht der *Gegensatz*, über den sich beide Seiten so entzweien?

1. S21 soll Stuttgart zur „Verkehrsmetropole“ machen. Wofür steht dieser plakative Titel?

In dem „Megaprojekt“ materialisiert sich der politische Anspruch von Stadt, Land & Bund, auch in der Schlüsselbranche „Infrastruktur“ zur europäischen Spitze aufzusteigen: Baden-Württemberg soll ein Drehkreuz internationaler Personen- und Güterströme werden, das zahlungskräftige Privat- und Geschäftsreisende ebenso lockt wie Transport- und Handelskonzerne; darum sind ein Ausbau des Flughafens und der Messestadt mit im Plan. Das erhöht Deutschlands Marktchancen in der kapitalistischen Staatenkonkurrenz: Das zielführende Interesse der politischen Macher ist nicht übermäßig bescheiden und besteht sehr sachgerecht in einer riesigen *Spekulation* auf die Wirkung der investierten Milliarden. Der Durchgangsbahnhof inkl. Schnelltrasse als Teil einer

West-Ost-Magistrale soll das *Wachstum* unwiderstehlich anziehen, das sie sich in ihrer Hochrechnung auf Passagiere und Fracht schon gutgeschrieben haben. Aber genau so wurden und werden *Metropolen* gebaut: Mit ganz viel *Kredit* und nationalistischem *Größenwahn* der lokalen Herrschaften, den Sieg im Vergleich der Standorte gewissermaßen kaufen bzw. herbeiregieren zu können.

„Größe“ ist da in jeder Hinsicht ein Argument. Der Bedarf des Kapitals an zügiger Versilberung seiner Waren auf dem europäischen Markt ist darin enthalten wie die Absicht der Deutschen Bahn, mit dieser Dienstleistung möglichst ansehnlich zu verdienen, und der Bedarf des Staates, über ein hochmodernes Verkehrsnetz samt Fuhrpark und Architektur zu verfügen. Der enorme Vorschuss, den sich die Nationen für ihre Eisenbahn zu genehmigen pflegen, ist eine unerlässliche *Bedingung* ihrer Konkurrenzfähigkeit und *rechnet sich* in dem Sinn selbst bei roten Zahlen. Jedenfalls rechnen Standorthüter von Berlin bis Shanghai, New York bis Dubai so: Hohe *Kosten* sind geradezu ein Ausweis der Güte ihrer „Jahrhundert-Bauten“, auf deren *Rentabilität* spekuliert wird; je teurer der Turm, je monströser das Design, umso höher die Erfolgsträchtigkeit der Geldanlage. Auch sog. *Luxusprojekte* dienen der Attraktion von Kapital – und damit der Entwicklung ganzer *Regionen* zu Geschäfts-, Finanz- und Touristikzentren mit Airport, Bahnhof und anwohnendem Volk; insofern ist diese Verwendung nationalen Reichtums alles andere als eine Verschwen- ▶ S. 3

BILD kämpft für Meinungsfreiheit

„Das wird man ja wohl noch sagen dürfen... Es sind Sätze, die die Mehrheit der Deutschen unterschreiben würde. Sätze, die Ausdruck von oft katastrophalen Missständen in unserem Land sind.“ Als da sind:

„Auf den Schulhöfen muss Deutsch gesprochen werden.“ — „Wer Arbeit ablehnt, verdient keine Stütze.“ — „Kinderschänder gehören für immer weggesperrt.“ — „Ich will mich nicht dafür entschuldigen müssen, ein Deutscher zu sein.“ — „Zu viele junge Ausländer sind kriminell.“ — „Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein.“ — „Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, haben hier nichts zu suchen.“ — „Nicht wir müssen uns den Ausländern anpassen, sondern sie sich uns.“ — „Wer nichts gelernt hat, soll hinterher nicht jammern, dass er keinen Job bekommt.“ (4.9.2010)

Gibt's denn die Meinungsfreiheit bei uns nicht? Welche Meinung ist hierzulande denn verboten? Und wenn politisch unliebsame Meinungen, von links vor allem, geäußert wurden – ja, so was hat es mal gegeben! –, dann ist die Freiheit, sie sagen zu dürfen, doch immer ganz offensiv gefeiert worden. Nach dem Motto: „Immerhin darfst Du hier kritisieren – also sei zufrieden und geh wieder heim!“

Woran man sehr schön sehen kann, dass es hierzulande Meinungsfreiheit gibt – und wozu dieses Recht taugt: Wer frei und vielleicht sogar kritisch seine Meinung über Staat und Gesellschaft, Regierung oder Politik äußert, der soll das – im Rahmen des geltenden Rechts selbstverständlich – ruhig und ausgiebig tun, wenn ihm danach ist. Keine Kritik kann aber so schwer wiegen wie auf der anderen Seite die Frei-

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Anlässlich des alljährlichen Fests der Liebe:

Die bürgerliche Familie

Ort des Glücks, des Psychoterrors und des Amoklaufs

Vor einigen Jahrzehnten hat eine Generation gegen die Zwänge der Familie rebelliert: Frauen haben sich aus patriarchalischer Unterdrückung befreit und die Ableistung ehelicher Pflichten sowie das Kinderkriegen verweigert. Junge Leute sind dem Elternhaus entflohen, nicht um gleich wieder eine Familie zu gründen, sondern um freiere Formen des Zusammenlebens auszuprobieren. Für die Liebe, so hieß es, brauchten sie keinen Tauschein und keinen staatlichen Segen.

Das ist vorbei. Vorstellungen vom gelungenen Leben kreisen bei allen Schichten wieder ganz ums Familienleben, um „die Beziehung“ und oft um Kinderglück. Von der Rebellion ist nichts geblieben; sogar die Schwulen wollen vor allem eines: Heiraten und als vollwertige Eheleute anerkannt werden.

Dafür hat die Staatsmacht einiges getan: Sie hat die Institution reformiert und ausnahmsweise nicht die Lebenspraxis des Volkes mit Zwang dem Recht angepasst, sondern das Familienrecht den gelebten Sitten: Man muss heute nicht mehr heiraten, um bürgerlich respektabel zusammenzuleben, und wenn man heiratet, muss es nicht für immer sein. Auch in der Ehe muss die Frau dem Mann nicht mehr zu Willen sein, und Kinder, die nicht in „intakten Familien“ aufwachsen, sind nicht mehr stigmatisiert, weil sie fast schon die Mehrheit bilden.

Ohne den rechtlichen oder moralischen Zwang, in Familie zu machen, stellt sich heraus, dass es in dieser Gesellschaft ein Bedürfnis danach gibt, die Liebe durch die Ehe verbindlich zu machen und die Neigung der Partner in ein Pflichtverhältnis zu überführen. Tatsächlich schreibt der Staat das Heiraten nicht vor, sondern dient einem Bedürfnis seiner Bürger, wenn er „die Familie unter seinen besonderen Schutz“ stellt und das Geschlechterverhältnis verrechtlicht.

An den Zuständen in der Institution Familie hat sich gegenüber den furchtbaren alten Zeiten daher auch nicht viel geändert: Die Transformation der Liebe in gegenseitiges Anspruchsdenken mit Vorwürfen und offenem oder verdecktem Ehekrieg ist immer noch die Regel, Gewaltexzesse bis hin zum Eifersuchtsdrama sind die dazu gehörigen Ausnahmen.

Der Vortrag wird die Logik des Bedürfnisses nach Ehe und Familie bis in seine traurigen Konsequenzen hinein verfolgen; und erklären, was das alles mit Kapitalismus zu tun hat.

16.12. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

heit, kritisch meinen zu dürfen: Eine Staatsgewalt, die das erlaubt, ist über jede grundsätzliche Kritik erhaben. Die Freiheit, eine Meinung haben und sogar äußern zu dürfen, ist allemal wichtiger als der Gehalt der Meinung, die man hat und äußert, weshalb von Seiten der Obrigkeit, die dieses Recht gewährt, durchaus ein wenig Dankbarkeit erwartet wird von denen, die es wahrnehmen. Und in diesem Sinn war BILD schon immer ein großer Vertreter der Meinungsfreiheit: „Meint, was ihr wollt – aber sagt gefälligst vorher und hinterher ‚Danke!‘“

Und jetzt – ist dieses hohe Gut in Gefahr, wenn es so ausdrücklich von BILD hochgehalten werden muss? Nein, der BILD-Zeitung wird nichts verboten; die darf selbstverständlich weiterhin täglich agitieren, wie es ihr passt. Wenn sie ihre Agitation in den Beschwerdeton einkleidet: „Darf man das denn heutzutage noch nicht einmal mehr sagen?!“ – dann möchte sie nichts erlaubt kriegen; dann will sie schon gar

nicht für Meinungsfreiheit plädieren, sondern dann will sie der Meinung, die sie vertritt, *zusätzlichen Nachdruck verleihen*. Da wird die *Hetze* gegen Ausländer, Verbrecher und Sozialschmarotzer, die die BILD-Zeitung als ihre freie Meinung an den Mann bringen will, dadurch ins Recht gesetzt, dass sie sich auf das hohe Gut der Meinungsfreiheit beruft. Derart gestärkt soll die Meinung der BILD-Zeitung öffentlichen Druck gegen die *politische Korrektheit von oben* aufbauen, die zu einem – für BILD – viel zu laschen Umgang mit diesen Elementen führt. Die Heuchelei, man habe hier gegen eine Art schleichendes Verbot anzukämpfen, dem man im Dienste der Meinungsfreiheit mutig entgegengetreten müsse mit BILD an der Spitze der Mutigen, ersetzt nicht nur jedes Argument, sondern übertrumpft jedes denkbare Gegenargument, jeden denkbaren Einwand: Der Ruf nach Meinungsfreiheit als Freibrief für Hetze – das ist die hohe Kunst des freiheitlichen Journalismus. ◀

Die Nobelpreise für Frieden und Wirtschaft

Doppelte Ehre für die Freiheit von Macht und Markt

I. „Keine Tarnkappe für China“

Wie schon im Vorfeld des großen Ereignisses von der westlichen Öffentlichkeit herbeigewünscht, erhält ein in China einsitzender „Dissident“ den Nobelpreis für Frieden. Hier ansässige Freunde der freien öffentlichen Meinungsbildung sind von der „mutigen Entscheidung in Oslo“ deswegen so begeistert, weil die sie mit allem ins Recht setzt, was sie sich über dieses Land schon seit einiger Zeit gedacht und ihrem Publikum nahegebracht haben. Denn die Liste der Argumente, die der frei denkende Mensch im Westen für eine solide Beurteilung der fernöstlichen Großmacht benötigt, ist ja schon seit längerem in Umlauf. Deren Praktiken in der internationalen Konkurrenz um Geschäftserfolg und politischen Einfluss unterscheiden sich zwar nicht übermäßig von denen der etablierten westlichen Nationen; aber die sehen sich doch in dem freien Zugriff auf ihre kapitalistisch geordnete Welt gestört, an den sie sich gewöhnt haben. Also verschreibt sich die Urteilsbildung der Pflicht, die westliche Menschheit über den Störenfried aufzuklären, der sich da in der Welt breitmacht: An erster Stelle gilt als gesichert, dass in diesem Land ein Milliardenvolk „in autoritärer Herrschaft mit einer Prise gelenkter Aufmüpfigkeit“ regiert wird. Unverbesserliche Kommunisten sind es, die sich dort auf ein Wachstum verlegt haben, wie wir es kennen, und Belege, wie wenig sie in unsere freiheitliche Welt hineinpassen, gibt es zuhauf. Mit billigen Löhnen und getürkten Wechselkursen verfälschen sie das Ergebnis des fairen internationalen Wettbewerbs. Mit ihrem unredlich erworbenen Reichtum kaufen sie sich Wertpapiere, um Staaten zu erpressen, zudem Waffen, die sie gar nicht benötigen, und nisten sich in Weltgegenden ein, in denen sie absolut nichts verloren haben. Wohlmeinende Hinweise darauf, was sie im Umgang mit ihrem Volk, aber auch mit dem Klima und dem Export Seltener Erden, die wir dringend benötigen, alles viel besser machen könnten und daher auch müssten, weisen sie notorisch zurück, so dass sich da ein doch besorgniserregender Gesamtbefund über diese Nation ergibt: Schon wieder baut sich da eine Großmacht auf, an der die „Systemfrage geklärt werden muss“ (alle Zitate SZ, ebd.). Mit der Ehrung des „Dissidenten“, ist aller Welt klar, dass das „Freiheits- und Demokratieverständnis der chinesischen Führung unvereinbar (ist) mit den Vorstellungen, die im Westen als Grundlage für die Lebensordnung der alten europäischen und der amerikanischen Demokratien gelten.“ Und weltöffentlich klar ist auch die Dringlichkeit der

Klärung dieser Systemfrage: „China ist ein globaler Akteur (...), der von vielen bereits als Bedrohung angesehen wird.“

Natürlich ist für den Mann, der hier für die Freiheit spricht, die freiheitlich-demokratische „Lebensordnung“, die westliche Staaten ihren Bürgern per Rechtsgewalt verordnen, alles andere als eine bloße „Vorstellung“, die einer so haben kann und andere eben nicht. ‚Freiheit‘ und ‚Demokratie‘: Das sind für ihn wie alle seine meinungsbildenden Kollegen die idealisierten Titel, unter denen sie die bürgerlich-demokratische Manier des Herrschens zur verpflichtenden Maxime jeglicher staatlichen Gewaltausübung zu verabsolutieren pflegen. Die „Systemfrage“ die der Mann einer klärenden Beratung anheimstellt, will weder ein System beurteilen noch eines mit dem anderen vergleichen und auch überhaupt keine Frage aufwerfen, die zu klären wäre: Sie konstatiert an einem Staat, an dem man sich stört, die Abweichung von all den Sitten und Gebräuchen der politischen Machtausübung und Herrschaftskultur, die man am eigenen Gemeinwesen unbedingt schätzt. Sie spricht ihm im selben Zug die Legitimation einer Herrschaft ab, auf deren Grundlage mit ihr überhaupt nur von gleich zu gleich in Verkehr zu treten wäre, und leitet daraus als oberste Richtlinie der Politik im Umgang mit diesem problematischen staatlichen Subjekt die Pflicht ab, praktisch für dessen freiheitlich-demokratischen Wandel Sorge zu tragen: Die Unfreiheit, die in diesem Staat herrscht, soll die Feindseligkeit begründen, die der eigene, in dem Freiheit herrscht, gegen diesen an den Tag legt – so komponiert man ein demokratisches Feindbild.

Von ungefähr kommt dieses gefestigte öffentliche Urteil nicht. In seiner einsinnigen Ausgrenzung Chinas und in seiner nicht minder schlichten Parteilichkeit für die Sache der westlichen Freiheit idealisiert es ein Prinzip, nach dem die bestimmenden Subjekte der freien westlichen Welt nicht nur mit dieser Macht praktisch ihren berechnenden politischen Umgang pflegen. Ein Volk so zu regieren, wie sie es tun, nehmen sie unmittelbar als Ausweis ihrer allerhöchsten Berechtigung, anderen Souveränen abweichende Usancen streitig zu machen, die diese im Umgang mit ihren Völkern an den Tag legen, und darüber der betreffenden Souveränität selbst ideell das Herrschaftsrecht abzusprechen, das sie sich herausnimmt. ‚Freiheit‘, ‚Demokratie‘ und alle anderen Höchstwerte der westlichen Zivilisation: Für die politischen Herren und Propagandisten der westlichen Freiheit fasst sich das alles politisch handlich in einer „Menschenrechtswaffe“ zusammen, von der sie je nach dem, wie ihnen an Eskalation

der Feindseligkeit gegenüber ihren jeweiligen Widersachern gelegen ist, Gebrauch machen.

Im Umgang mit China will für sie der Einsatz dieser Waffe freilich sorgfältig bedacht sein. Dieses „Schwellenland“ wird zum weltgrößten Exporteur, avanciert dabei zum wichtigsten Gläubiger der Schulden der westlichen Führungsmacht und macht seine Macht in weltpolitisch-strategisch wichtige Zonen geltend – da sammeln sich bei nicht wenigen Konkurrenten gewichtige Gründe für Gegnerschaft gegen diese Nation: Die ist es, die ihnen aktuell ihre Erträge aus dem Weltgeschäft dezimiert und ihnen ihr Monopol auf Kontrolle der Weltordnung streitig macht. Zugleich akkumuliert sich bei den um ihren imperialistischen Rang kämpfenden Nationen aber auch einiges, was ihnen als guter Grund für gutes Auskommen mit dem für sie viel zu mächtig gewordenen Konkurrenten erscheint: An Chinas Erfolgen wollen sie mitverdienen, Chinas Markt für sich nutzen, das weltpolitische Gewicht dieser Großmacht für die Berechnungen instrumentalisieren, die sie zur Mehrung ihres eigenen verfolgen, und in nicht wenigen Fällen erlauben es eingerissene Abhängigkeitsverhältnisse gar nicht erst, den in Menschenrechtsfragen bekanntlich sehr sensiblen Machthabern in Peking allzu sehr auf die Füße zu treten. Also hat man sich in den bewährten Exportnationen von Freiheit und Demokratie im Umgang mit dieser „neuen Weltmacht“ auf einen zurückhaltenden Gebrauch des fundamentalen Einspruchstitels verlegt, den man ihr gegenüber verfügt – und ist ausgesprochen hochbeglückt, wenn nun ein jeder politischen Berechnung unverdächtig Subjekt, nämlich ein als überparteiliche Instanz der Prüfung staatlicher Sittlichkeit international anerkanntes Komitee, einen verdienstvollen Beitrag für den Frieden darin entdeckt, das Reich der Mitte weltöffentlich moralisch an den Pranger zu stellen: Ein Ausschuss des Parlaments in Oslo revitalisiert das Urteil der grundlegenden Menschenfeindlichkeit des Regimes in Peking, mit dem man selbst sich zugunsten eines Nutzen versprechenden Umgangs mit ihm so zurückhalten hat müssen – was für einen schöneren Zufall könnte es geben!

Freilich: „Unmittelbare Auswirkungen auf die diplomatischen Beziehungen zu China“ will der deutsche Außenminister aus der Preisvergabe nicht ableiten. Aber mittelbar weiß er mit dieser „starken Botschaft“ schon etwas anzufangen. Gleich nach Bekanntgabe des Wunschergebnisses hat sich in Berlin und Washington in Bezug auf den Preisträger – ganz spontan und absolut unabhängig voneinander – der

selbe Wunsch geregt, nämlich: „dass er aus der Haft freikommt und den Preis selber in Empfang nehmen kann.“ (Merkels Regierungssprecher, lt. SZ ebd.) Wer weggesperrt gehört und wer nicht: Darüber zu urteilen sind eben nur Gewalt befugt, die sich dem Dienst an der Freiheit des Menschen verschrieben haben, weil die wirklich nur die Wegsperrten, die sich an freiheitlichen Ordnungsregeln vergehen. Diese allerhöchste Zweckorientierung jedweder Herrschaft im Umgang mit Dissidenten jedweder Couleur einzusehen, haben die regierenden Menschenrechtsbrecher in China – dem Komitee sei gedankt – noch Gelegenheit bis zur Preisverleihung. Der Preisträger hat ja nicht umsonst den Nobelpreis für Frieden erhalten: Der erinnert mit Nachdruck an das Prinzip, dass man nur durch Wohlverhalten gegenüber dem Westen Aussicht hat, von dem auch in Frieden gelassen zu werden.

(Zitate: SZ, 8.10.2010)

II. „Die Theorie zu den Hartz-Reformen“

Ein bemerkenswerter Fortschritt des ökonomischen Denkens erhält, wie wir dem Urteil des Sachverständigen der SZ entnehmen dürfen, vollkommen zurecht die große Auszeichnung. Denn bis neulich noch ging die Fachwelt von Folgendem aus: „Käufer und Verkäufer finden sich nach der klassischen Sichtweise des Marktes sofort und haben vollkommene Informationen über die Preise aller Güter und Dienstleistungen“ (alle Zitate SZ, ebd.). Eine prima Einrichtung, dieser Markt, nach dem unsere Wirtschaft heißt: Es gibt ihn, damit Käufer und Verkäufer sich finden, und weil auf ihm nichts anderes regiert als ein ungezwungenes Spiel der Kräfte, nennt sich diese Wirtschaft auch eine freie Marktwirtschaft. Dieses gleichermaßen in freiheitlich-moralischer wie in funktioneller Hinsicht befriedigende Leistungsattest hat sich als gültiges Urteil über 150 Jahre hindurch gut bewährt, und es wird auch durch den kleinen Mangel nicht erschüttert, den die jüngere Forschung offengelegt hat: „Dies entspricht aber nicht dem, was in der realen Welt geschieht“, heißt es da kritisch. Aber diese Kritik heißt eben überhaupt nicht, dass man sich die Geschehnisse der realen Welt nicht doch nach Maßgabe der idealen Prinzipien zurechtzulegen hätte, die sich die klassischen Modellbildner ausgedacht haben. Eisern halten die drei geehrten Forscher an dem Dogma fest, dass der Markt für nichts als fürs Zusammenkommen von Angebot und Nachfrage da ist – sie verlängern es nur mit der äußerst wertvollen Einsicht, dass sich die Realisierung des feinen Zwecks bisweilen auch mal hinzieht: „Die Wissenschaftler erhielten die (...) Auszeichnung für ihre Forschungen über Märkte, auf denen es längere Zeit dauert, bis Angebot und Nachfrage zusammenkommen, so genannte ‚Suchmärkte‘.“

Auf diesen gedanklichen Durchbruch scheint die Fachwelt lange gewartet zu haben. Den Wirtschafts-

redakteuren der Zeitung und den Sachverständigen, die sie zu Wort kommen lassen, eröffnen sich jedenfalls augenblicklich neue gedankliche Perspektiven. Auf die vielen Arbeitslosen z. B., die es in einer freien Marktwirtschaft nun einmal gibt. Denen ist nach den neuen Erkenntnissen der Wissenschaft ihr Lebensmittel überhaupt nicht deswegen abhanden gekommen, weil nach ihren nützlichen Diensten kein Bedarf besteht. Nein, sie sind so blöddran, weil sie mit ihrem Angebot an Arbeit den Nachfrager bloß *noch nicht* gefunden haben, der nach ihm sucht: Ihr Elend ist nur eine Frage der Zeit, die es dauert, bis alle den Wohlstand aller garantierenden Marktmechanismen so funktionieren, wie sie sollen. Bis es soweit ist, kann man dazu auch sagen, dass die „Arbeitsmärkte ineffizient sind“, und das sind sie im Lichte der neueren Forschung genau dann, wenn „Arbeitslose immer nach dem nächstbesseren Job suchen, den es nicht gibt, und Unternehmen nach dem nächstbesseren Arbeitnehmer, den es ebenfalls nicht gibt“. Da wird von den Beteiligten also verkannt, dass der Arbeitsmarkt ein Suchmarkt ist, also ein Markt, auf dem man etwas sucht, was es auch geben muss, weil man sonst ja nie etwas findet, und wenn das leidige Schicksal der Arbeitslosen wissenschaftlich betrachtet daran hängt, dass Anbieter und Nachfrager einander mit höchst irrationalen Erwartungen suchen, hilft beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur eines: „den Suchprozess zu optimieren“. Dazu wiederum verhilft eine von kundiger Hand, über die SZ-Redakteure selbstverständlich verfügen, vorgenommene „praktische Anwendung der Theorie“, denn die führt sogleich zu folgender Erkenntnis: „Je transparenter der Arbeitsmarkt ist, desto eher können Arbeitgeber und Arbeitnehmer die unnötige Suche nach dem Nächstbesten aufgeben.“ Das rückt auch manch leidige Phänomene, die diese unnötige Suche von Arbeitnehmern nach ihrem nächstbesten Arbeitsplatz begleiten, in ein anderes Licht. Das Arbeitslosengeld z. B., das sie mangels Lohn erhalten, „kann man als Subvention des Suchprozesses deuten“, und deutet man es derart, stellt sich ein Teilergebnis augenblicklich heraus: „Wird zu viel gezahlt, dauert die Suche unnötig lange“, freilich gilt auch: „Fällt die Unterstützung zu niedrig aus, nutzen die Arbeitgeber ihre Marktmacht und stellen Mitarbeiter zu Löhnen ein, die nicht deren Produktivität entsprechen.“ Noch eine weitere Entdeckung der Wissenschaft kündigt sich da an: Hat man einmal begriffen, wie auf einem freien Suchmarkt die Gesetze funktionieren, ist nicht nur klar, dass auf diesem speziellen Markt der Suche nach Arbeit nur die fürsorgliche Instanz des Staates

dafür sorgen kann, dass die Kurven von Angebot und Nachfrage sich für jeden Arbeitslosen an genau der richtigen Stelle schneiden. Man weiß auch, dass der Staat bei der Freisetzung der freien Marktkräfte viel richtig zu machen hat, und es stellt sich heraus – das tut er glatt: „Durch eine Politik des Förderns und Forderns, aber auch durch eine effizientere, Suchkosten reduzierende Arbeitsvermittlung kann die Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzt werden. Darum geht es bei Hartz IV. Leistungsauweitungen führen letztlich zur Verlängerung der Arbeitslosigkeit.“

Für den Fortschritt der Theorie von der Freiheit des Marktes wie den der Praxis, die sie herstellt, haben wir so ein äußerst zufriedenstellendes Forschungsergebnis vor uns. Was die Praxis betrifft: Ganz ohne Theorie, einfach nur mit ihrem untrüglichen Sinn fürs Notwendige machen sich Politiker an praktische Reformen, die den vielen Arbeitslosen die Suche nach Erwerbsgelegenheiten abnehmen, von denen sie leben könnten. Weil es die nächstbesseren nach denen, die sie verloren haben, nicht gibt, ist es auch unnötig, nach denen zu suchen. Das wird den Betroffenen nicht umständlich theoretisch, sondern unmittelbar praktisch mit dem Rechtsweg erklärt, den sie ab sofort bei ihrer Arbeitssuche zu beschreiten haben: Sie sind gefordert, nach der nächstbesten Beschäftigung zu suchen, von der sie nicht leben können. Das sorgt in Bezug auf den Lohn, der ihrer nicht nachgefragten Produktivität entspricht, nicht nur für die nötige Transparenz: Man fördert sie auch noch eigens zu dem Zweck, von ihm dennoch leben zu können. Und was die Theorie betrifft: Ganz ohne Befassung mit dieser Praxis, die auf dem freien Arbeitsmarkt für den Fortschritt sorgt, kümmert sich die Wissenschaft um ihren eigenen. In dem Fall eben um den eines Modells, wie auf Suchmärkten für Effizienz gesorgt werden könnte. Als ob die ‚invisible hand‘ nicht nur die freie Marktwirtschaft, sondern auch noch das Nachdenken über sie regierte, kommen so auf zauberhafte Weise in der Praxis Gesetze zustande, die Armut dekretieren, und in der Wissenschaft solche, die mit denen der Praxis absolut nichts zu schaffen haben, ihnen gleichwohl ihren allerbesten, weil unbestechlich sachlich ermittelten Grund attestieren. Hartz I bis IV – das ist, wie man jetzt sieht, auch der nobelpreiswürdigen Weisheit letzter Schluss, denn: „All dies lässt sich mit der Theorie begründen.“

Diesen Triumph der Wahrheitsfindung lässt sich die schwedische Reichsbank gerne etwas kosten.

(Zitate: SZ, 12.10.2010) ◀

► „STUTTGART 21...“

Die rivalisierenden Standorthüter konkurrieren *mit Größe um Größe*: Das ist der reale Irrsinn globaler Marktwirtschaft.

Für Stuttgarts Wettbewerbsfähigkeit in dieser Liga ist S21 „alternativlos“ – wie es immer heißt, wenn die Herren des Landes eine umwälzende Maßnahme zur Förderung ihres Kapitalstandorts beschlossen und finanziert haben: Die Lösung „Tiefbahnhof“ ist nun staatlicher Rechtsanspruch.

Dafür wird Stuttgart umgegraben. Und davon sind die Stuttgarter betroffen.

2. Einig sind die Protestierer in ihrem „Nein“ zu Stuttgart 21. Welches Interesse verbindet sie?

Demonstrierende Beschwerdeführer unterschiedlichster Art, von baustellengeschädigten Anwohnern über Vertreter mittelständischer Wirtschaftsinteressen bis zu Umweltschützern und alternativen Raumplanern, treffen sich unter diesem gemeinsamen Dach: „Wir sind viele, aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen Stadtteilen. Wir machen uns Sorgen um die Zukunft, Sorgen um unsere Stadt, der ein Herzinfarkt verpasst werden soll“ (Schauspieler Walter Sittler). So disparat ihre Betroffenheit und so konträr ihre Lebenslagen – Geschäftsleute und Normalverbraucher, Unternehmer und ihr Personal, Villenbesitzer und Mieter, Studienräte und Arbeitslose –, als Bürger verteidigen sie *ihre Stadt* gegen die Bagger! Egal, wie viel dem einzelnen von seinem Stuttgart wirklich gehört, was immer er daran schätzenswert findet: *Dass* er in Stuttgart haust, ist das Einheit stiftende Wesentliche, hinter dem alle Gegensätze des wirklichen Lebens verblasen. Als *Stuttgarter* ist er mit allen anderen gegen das Verbuddeln „seines“ Bahnhofs, der mitsamt Volkspark zum Symbol für Stuttgarter Lebensart stilisiert wird, die es zu verteidigen gilt.

„Wir sind das Volk“ in schwäbischer Neuauflage! Nicht als soziale Schicht, nicht als Bewohner besserer oder schlechterer Stadtteile, sondern in der Rolle als ehrenwerte Mitglieder der Gemeinde gehen sie auf die Straße. Nicht als „ewiggestrige Protestler und Nörgler“, sondern als Staatsbürger, die noch nie demonstriert haben, erheben sie Anspruch auf Gehör. Jetzt soll der zivile Gehorsam, den sie ein Leben lang praktiziert haben, umgekehrt die *Berechtigung* ihrer Einwände legitimieren. Ein Standpunkt, der auch für den *Inhalt* der vorgetragenen Kritik nicht folgenlos bleibt:

– *Eigentlich*, sagen die Leute, bräuchte es gar keinen neuen Bahnhof; jedenfalls weniger groß und teuer, „wenn es nach ihnen ginge“. Mit solch kritikbewährten Konjunktiven verstellen sie sich den Blick auf eine nüchterne Antwort auf die Frage, *wofür* es den Bahnhof denn dann braucht, wenn er schon *nicht wegen ihnen* gebaut wird. Den zitierten Notwendigkeiten für S21 entnehmen sie keinen Hinweis auf die Differenz oder einen Gegensatz zu ihren diversen Interessen, sondern ein *Versagen* des Staates vor seinem Auftrag, einen Standort zu zimmern, wo Kapital *und* Mensch

sich heimisch fühlen. So entpuppt sich das „Eigentlich“ als zutrauliches Vorurteil: Es misst das Bauwerk gar nicht an den Rechnungen, die es befriedigen soll, sondern an der sachfremden Idee prinzipieller *Vereinbarkeit* der Anliegen von Staat & Volk – ein bekanntes Bild aus dem Lexikon der Staatsbürgerkunde, wonach oberstes Ziel demokratischer Herrschaft ein *Gemeinwohl* ist, das die Interessen von Regierenden *und* Regierten enthält. „Ginge es mit rechten Dingen zu“, müsste auch ihre Lebensqualität berücksichtigt werden: Der Protest sieht im Plattwalzen von Häusern und Alleen eine *verletzte Fürsorgepflicht* des Staates gegenüber Bürgern und Umwelt, deren Beachtung er den lieben Leuten schulde; und von da aus landet er konsequent beim Vorwurf *verantwortungslosen* Gebrauchs der Macht.

– S21-Gegner halten es deshalb für ein starkes Argument, der Staat verstoße nicht bloß gegen *ihre*, sondern auch gegen seine *eigenen* Ziele. Ohne Ironie sehen sie sich als selbstgenügsam schaffende Häuslebauer und mündige Bürger, die um die Zukunft ihres „Ländle“ und seiner sittlichen Werte bangen, zur Kritik *befugt*, gar *verpflichtet*. Unter allen Adelstiteln berechtigten Beschwerdewesens klagen sie an: Die da oben machen *falsche Politik*; deren Hauptgeschädigter ist der Standort selbst. Als „Leistungsträger“ und „Steuerzahler“ kritisieren sie abwechselnd in der Rolle des betrogenen Finanziers und ideellen Rechnungsprüfers. Der geschöpfte *Bürger* will den Bahnhof nicht bestellt haben, als *Staatsbürger* missbilligt er falsche Haushaltspolitik. Sein Protest nimmt den Imperativ „Wir alle müssen sparen!“ beim Wort und beklagt die Vergeudung unserer Finanzen, die anderswo sinnvoller eingesetzt wären. *Statt* für besseren Nahverkehr, Bildung von Landeskindern, grüne Wiesen oder sonstige Dienstleistungen der Herrschaft werden Milliarden in die Erde „versenkt“; die Spekulation auf die Metropole Stuttgart ist eine einzige „Fehlspekulation“. *So nicht!*

– Darüber wird die Kritik endgültig *konstruktiv*. Manche rechnen bis aufs Komma aus, wie teuer „S21“ den Steuerzahler käme; andere beweisen, ein modernisierter „Kopfbahnhof 21“ tue es auch, vielleicht sogar besser. Ökologisch gesinnte Politikberater wie Hobby-Verkehrsplaner nehmen den Glaubwürdigkeitstest auf *realistische* Kritik vorweg und legen „seriös kalkulierte“ *Alternativen* vor, ihre Landeshauptstadt kostengünstiger, umweltschonender und v.a. bürgernäher umzugraben.

Die „Neue Bürgerbewegung“ sammelt sich unter der Fahne eines *Standortpatriotismus von unten*. Willkommen ist sie jedoch nicht. Denn der *Standortmaterialismus von oben* besteht auf Einsicht in seine Prioritäten: Ihm ist jedes Partikularinteresse und jeder Alternativvorschlag unterzuordnen.

3. Die Staatsmacht behandelt den Protest als Angriff auf ihre Souveränität. Was ist da los?

Dem durchaus versöhnungsbereiten Antrag der kritischen Bürger, der Staat

Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Gruppe

wöchentlich dienstags
20 Uhr, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23, Nürnberg

Aktuelles Thema: Siehe www.sozialistischegruppe.de

solle und müsse sich ihren Einwänden gegen S21 stellen, begegnet der mit einer Härte, die bisher für Atomkraftgegner oder Hausbesitzer reserviert war. Der Bau eines Bahnhofs wird zur Staatsräson! Wie kommt das? Selbst die Hofpresse fragt, ob es „nötig“ war, die Polizei auf Schüler, Rentner, Beamtenkollegen, Kulturpromis und Besserdienende zu hetzen. Hat die Staatsgewalt „überreagiert“?

Das mag sein. *Notwendig* in dem Sinn, dass Wohl und Wehe des Standorts D an „S21“ hinge oder Protest nicht „de-eskalierend“ abzuwimmeln wäre, ist die Antwort gewiss nicht. Mag auch sein, dass die Kanzlerin nicht alle Tassen im Schrank hat, die tapfer vor dem „Druck der Straße“ warnt. Immerhin aber gibt die Reaktion eines zu Protokoll: Die Mächtigen sehen sich zur *Durchsetzung* des Bahnhofs verpflichtet, sie eskalieren den Konflikt zur Frage der *inneren Ordnung* ihrer Nation.

Die beantragte Versöhnung ist für Mappus & Merkel mit ihrem Beschluss nämlich längst erledigt. Mit Abschluss des „Planfeststellungsverfahrens“ sind 80.000 Einsprüche hinfällig, das Land ist bei Banken und DB im Wort, nun wird der Bau durchgezogen. Unter Berufung auf lauter Sachzwänge kapitalistischer Konkurrenz und juristischer Gebräuche, die sie selbst etabliert haben, besonders aber auf die *Legitimität* ihrer Taten stellen die Vertreter gewaltenteiliger Herrschaft klar, was ihre Ermächtigung so alles einschließt: Als *gewählte* Herren haben sie die *Definitionshoheit* über den Inhalt der Staatsräson, die sie dem Volk nach reiflicher Abwägung als seinen Willen verordnen. Sie pochen auf die Quintessenz der Stimmabgabe des Bürgers: Die *Macht* ist zu ihnen gewandert; sie entscheiden, was fürs Gemeinwohl „notwendig“ ist; Wählen heißt Zustimmung, also die durch nichts zu widerrufende *Anerkennung* ihrer Souveränität. Im Streitfall S21 bestehen die Gewählten auf Einlösung dieses Blankoschecks und eröffnen eine neue Ebene des demokratischen Dialogs.

– Die Fundamentalisten in Amt und Würden erklären den Bau zum Test auf die *Handlungsfreiheit* des Rechtsstaates und geben eine Gratislektion in Demonstrationsrecht. *Kritik* darf in ihrem Land gezeigt, gar in Sprechchören gerufen werden; keiner muss ihre „Großprojekte“ gut finden, mit denen sie die Republik zupflastern. Umgekehrt sind die *Objekte* der Kritik unantastbar; die Lizenz zum Meckern verpflichtet zu tätigem Respekt gegenüber dem Garanten der Erlaubnis. Die Grenze zwischen *Ge-* und *Missbrauch* ist also fließend: Jeder, dem es nicht reicht, sein „Kein S21“-Shirt spazieren zu tragen, sondern irgendwie ans Verhindern denkt, läuft Gefahr, sie zu verletzen. Das Exempel, das der Staat an Blockierern statuiert, betont den Anspruch an den *inneren Frieden* als selbstverständliche Investitionsbedingung. Randalierendes Volk kostet nur Punkte im Standort-Rating; so gesehen sind „Montags-Demos“ eine Störung nationaler Konkurrenzfähigkeit: „Wenn Stuttgart 21 scheitert, kann man in Deutschland keine Großprojekte mehr durchbringen“, meint die Bundeskanzlerin. Da weiß der Polizist, an welcher Front er kämpft.

– Die Basis wird darüber in ihren Fundamental-Enttäuschungen bestärkt. Das brutale Festhalten der Politiker an S21 steht für *undemokratischen* Missbrauch von Amt und Auftrag; wer Tränengas gegen Senioren einsetzt, ist kein *Volksvertreter*. Aufgebrachte Bürger erheben sich als Stimme des anständigen Deutschland und beklagen die *Unfähigkeit* der politischen Klasse,

– Die Basis wird darüber in ihren Fundamental-Enttäuschungen bestärkt. Das brutale Festhalten der Politiker an S21 steht für *undemokratischen* Missbrauch von Amt und Auftrag; wer Tränengas gegen Senioren einsetzt, ist kein *Volksvertreter*. Aufgebrachte Bürger erheben sich als Stimme des anständigen Deutschland und beklagen die *Unfähigkeit* der politischen Klasse, rung aller Pro & Contras offeriert; die Demonstranten sollen sich entscheiden, ob ihr Vertrauen in die Politik irreparabel zerstört ist. Für die Staatsseite ist das bisher bequeme Regieren dahin, in *der* Frage sieht sie Handlungsbedarf. Das „Kommunikationsproblem“, in das sie den Gegensatz verwandelt, soll behoben werden. Also müssen „wir“ miteinander *reden* ...

Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Hochschulgruppe

„Konsumentenmacht“ und „Konsumentenverantwortung“

Zur schäbigen Rolle des Konsums in der Marktwirtschaft (Zweiter Teil)

- Wieso gibt es *professionelle* Verbraucherberatungen, die den „König Kunden“ davor bewahren wollen, *Schund* zu kaufen?
- Wieso gibt es ein Verbraucherschutzministerium?
- Wieso wird der Verbraucher mit all seiner „Konsumentenmacht“ immer wieder mit Lebensmittel- und Umweltskandalen sowie mit „ausbeuterischen“ Produktionspraktiken von Großkonzernen konfrontiert?
- Wieso laufen alle Appelle an die Verantwortung der Verbraucher gegenüber Klima, der Dritten Welt und dem Tierreich ins Leere?
- Wieso machen viele Leute ausgerechnet aus ihrem „Konsumverhalten“, der Benutzung und dem Verbrauch von Gebrauchsgütern, eine Gewissensfrage?

Antworten auf diese Fragen gibt es auf der öffentlichen Diskussionsveranstaltung am

22.12. Mittwoch, 18 Uhr c.t.
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

die sie zunehmend schlecht regiert: Die Kooperation von Staat und Kapital geht auf das Konto „mafioser Strukturen“, die wir nur von weiter südlich kennen; der Vergleich mit berüchtigten *Unrechtsstaaten* („Park des Himmlichen Friedens“) liegt leider nahe. Also wird auch dieser Gegensatz als demokratie-fremd wahrgenommen. Die bittere Parole von „Rechts Staat“ lebt vom guten Glauben, *hier* sei das „im Grunde“ unmöglich: Innenminister Rech befiehlt Wasserwerfer gegen eigene Bürger (meist ohne Migrationshintergrund) – ein *Skandal*, in dem auch professionelle Meinungsbildner unserer Zivilgesellschaft ausnahmsweise die Seite bedauert, die von der Polizei weggeräumt und sonst eher unter der Rubrik „Chaoten“ verhandelt wird.

So dominiert der Konflikt um S21 wochenlang Nachrichten und Talkshows. Dem Anliegen wird seine Berechtigung nicht abgesprochen; die Sorge der Öffentlichkeit gilt der *Eskalation* und der mangelnden politischen Kultur: Ein unnötiges Zerwürfnis – zwischen zweien, die sich eigentlich gut verstehen müssten!

4. Die „Mediation“: Staat und Bürger sollen sich wieder vertrauen. Alles nur ein Missverständnis?

Die Eskalation der Bahnhofsaffäre zur Straßenschlacht registrieren beide Seiten als Störung eines *Vertrauens-Verhältnisses*, das dringend *repariert* gehört. Die Regierung will „Vertrauen schaffen“, jetzt aber ohne Waffen, indem sie eine „Mediation“ mit Anhö-

– *Worüber?* Über Vor- und Nachteil unterirdischer Durchgangs- oder oberirdischer Sackbahnhöfe! Die Gleis-, Abschreibungs- und Rechtsexperten beider Fraktionen reden über Alternativen, die demselben *Zweck* verpflichtet sind: Mit welchem „Modell“ fährt der Standort Stuttgart besser? Der Staat gibt sich die Steilvorlage, *seine* Notwendigkeiten zu wiederholen, und prüft den *Willen* der Protestler, sich auf diesen Dialog einzulassen. Das monierte „Fachchinesisch“, mit dem die Nation in 10-stündigen Dokusoaps auf Phoenix unterhalten wird, hat dieses eine Thema: Die Ermittlung einer Einigungsfähigkeit in der „Sache“ ist der *Test* auf die Einigungsbereitschaft der Gegner.

– *Wozu?* „Geißlers Bahnhofmission“ ist absurdes demokratisches Theater: Der Deus ex machina, sein verzinktes Beweisverfahren zur Prüfung des „Realismus“ der Profi- und Laiendarsteller, hat eine Botschaft! Der *Dialog* soll als Exempel für die Sorgfaltspflicht gegenüber den Belangen des Bürgers begriffen werden, dessen Zutrauen in die gewählten Vertreter wiederherstellbar ist – wenn er denn will. So wird das Motiv der Veranstaltung als ihr Zweck ausgesprochen: Lässt sich der Protest auf die Tour *einfangen*, beruhigen, vielleicht gar spalten? Wie auch immer: Die Bewegung streitet bereits über die aufgemachte Frage, ob sie sich *einfangen lässt*.

Auf diesem Weg mündet die Vertrauensfrage sehr sachgerecht in die Ermächtigungsfrage:

5. Der angemessene Umgang mit dem Volk wird zum Gegenstand der Parteienkonkurrenz.

Bitte vormerken: Im März ist Landtagswahl. Die Frage „Wer profitiert vom Streit um S21?“ kommt weder Demoskopien des ZDF-Politbarometers noch verprügelten Bürgern unsachgemäß oder zynisch vor: Die Übersetzung eines *Herrschafts-Verhältnisses* in eine Frage von *Vertrauen & Sympathie* und von da wieder zurück in ein *Ermächtigungs-Verhältnis* ist demokratischer Alltag. Dessen Prinzip tritt in der Frage nach dem *Nutznieser* der aktuellen „Entfremdung“ von Oben und Unten in seiner ganzen Schönheit hervor: Jede Unzufriedenheit der Bürger mit ihren Anführern soll sich in mehr Vertrauen zu einer *anderen* Mannschaft niederschlagen, die „es“ besser macht! Mit Parteien, die ihn *schlecht* regieren, darf und soll der Mensch unzufrieden sein, wenn er morgen eine *Regierung* wählt, die ihm gefällt. Die *Zustimmung* der Basis wollen die Politiker sich abholen: Die Gewählten können sich dann in Ruhe allen „Sachfragen“, sprich: der *Staatsräson* widmen, zu deren Vollstreckung sie sich von ihrem Volk abordnen lassen. Um das Erringen dieser widerlichen Sorte Beliebtheit konkurrieren die demokratischen Parteien.

– Das gelingt, wie man hört, den Grünen derzeit am besten. Sie präsentieren sich als Freunde der Bahnhofsgegner und unsachgemäß wie Staatsfeinde behandelten Protestierer und sehen sich durch „sensationelle Umfragewerte“ gebührend belohnt. Die „Neue Deutsche Volkspartei“ (SPIEGEL) profitiert von der schlechten Stimmung gegen Schwarz-Gelb und kontert mit ihrem „Profil einer *bürger-nahen Politik*“: So versucht sie die einschlägigen Ideale über demokratisches Regieren für ihre Ermächtigung auszunutzen.

– Landes- und Bundesregierung, deren „Popularität“ erheblich leidet, versuchen die Retourkutsche. Sie präsentieren sich als die einzig wahren Freunde des Standorts Schwaben bzw. Deutschland und werfen ihrer Konkurrenz durchsichtigen „Populismus“ vor. So bekennen sich Mappus und Merkel zur *Durchsetzung* besagter Großprojekte als ultimativen Test auf die Handlungsfreiheit der Macht und zum „Durchregieren“ als ihrer Lesart von *Regierungsfähigkeit*.

„Basta-Politik“ oder „Mehr Bürgerbeteiligung“: Was für eine Alternative! Dann wählt mal schön. ◀

Mitschnitte von GegenStandpunkt-Veranstaltungen

zur Kritik am demokratischen Staat, seiner kapitalistischen Wirtschaft, dem Imperialismus, der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Werte:

<http://doku.argudiss.de>

Sozialistische Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistischegruppe.de
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen